

Kinderrechte auf dem Weg ins Grundgesetz

„Die verfassungsmäßigen Rechte der Kinder einschließlich ihres Rechts auf Entwicklung zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten sind zu achten und zu schützen. Das Wohl des Kindes ist angemessen zu berücksichtigen. Der verfassungsrechtliche Anspruch von Kindern auf rechtliches Gehör ist zu wahren. Die Erstverantwortung der Eltern bleibt unberührt.“

Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz



Das Bild wird seit über einem Jahr vielfach gebraucht – das Bild des Brennglases. Leider zurecht. Denn selten zuvor sind so viele Mängel in unserer Gesellschaft, vor allem im Sozial-, Sicherheits- und Bildungssystem, derart schonungslos aufgezeigt worden wie in Zeiten der Corona-Pandemie. Endlich unter das Brennglas rückt in dieser Zeit das Vorhaben, Kinderrechte ausdrücklich im Grundgesetz festzuschreiben, sodass diese sichtbarer, besser einforder- und einklagbarer werden. Fast 30 Jahre, nachdem Deutschland die UN-Kinderrechtskonvention aus dem Jahr 1989 ratifiziert hat, soll diese Grundlage nun derart verankert werden. Darauf haben sich die Koalitionsparteien verständigt und einen Gesetzesentwurf eingebracht. Am 15. April 2021 fand hierzu die erste Lesung im Bundestag statt, benötigt wird eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Danach soll aus dem Grundgesetz klar hervorgehen, dass Kinder Trägerinnen und Träger aller Grundrechte und gleichzeitig besonders schutzbedürftig sind. Konkret heißt das: Kinder müssen angehört werden und dürfen bei Maßnahmen, die sie selbst betreffen, mitbestimmen, also etwa beim Bau (kindgerechter) Bildungseinrichtungen. Heißt es in der UN-Kinderrechtskonvention, „...das Wohl des Kindes ist vorrangig zu berücksichtigen“, so hat man sich in der Koalition nach langem Ringen auf das Wort angemessen verständigt, um die Elternrechte gegenüber der Obhutspflicht des Staates nicht zu schwächen. Kinderschutzverbände und Opposition geht diese Formulierung nicht weit genug.

Die Diskussion zeigt: Wir ringen insbesondere in dieser Zeit auch darum, wie wir verschiedenen Grundrechten, die nebeneinander bestehen, bestmöglich gerecht werden können. Als Interessensvertretung für über 164.000 Pädagoginnen und Pädagogen in Deutschland hat der VBE einen klaren Auftrag. Und gleichzeitig müssen auch wir, wie alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland uns immer wieder daran erinnern, einen Schritt zurückzutreten und uns zu fragen: Was ist gerade verhältnismäßig? Was ist der bestmögliche Weg, um das eine (Recht) zu schützen, ohne das andere (Recht) zu gefährden? Wen dürfen wir nicht vergessen? Aber selbst wenn wir das ehrlich und nach bestem Wissen beherzigen, werden Ungerechtigkeiten bleiben. Viele von ihnen haben uns im vergangenen Jahr neben eigenen Sorgen beispielsweise von den Hilferufen von Eltern berichtet, aber auch davon, dass Kinder teilweise nicht mehr in gleichem Maße erreichbar waren. Gerade jetzt, wo insbesondere gefährdete Gruppen zusätzlich benachteiligt werden, wie geflüchtete Kinder, Kinder mit Behinderungen, armutsbetroffene Kinder oder Kinder, die in konfliktreichen Situationen aufwachsen, müssen Kinderrechte immer wieder zentrales Prüfkriterium beschlossener Maßnahmen sein.

Was aber nicht sein darf, ist, dass dafür die Gesundheit derer aufs Spiel gesetzt wird, die unser System aufrechterhalten, nämlich ihre Gesundheit, um die Versäumnisse anderer, nämlich der Politik, auszubaden. Bei aller Einsicht, dass es auf komplexe Fragen kaum einfache und gerechte Antworten geben kann: Es kann nicht sein, dass über ein Jahr nach Beginn der Pandemie Schule und Kita zumeist immer noch Orientierung, Klarheit, Verlässlichkeit und Ehrlichkeit versagt werden. Und es ist unverhandelbar, dass der „Dreiklang des Infektionsschutzes“ aus Testen, Impfen und ausreichender Bereitstellung von Hygienemaßnahmen Grundvoraussetzung für offene Bildungseinrichtungen ist. Weil wir uns um die Kinder UND die Beschäftigten in Bildungseinrichtungen sorgen, kämpfen wir genau dafür.

Virtuelles Auftakttreffen des Expert:innen-Netzwerks KITA im VBE

Am 21. April 2021 fand das erste Treffen von Expertinnen und Experten statt, die den frühkindlichen Erziehungsbereich in ihrem jeweiligen VBE Landesverband gewerkschaftlich vertreten. Mit dem Aufbau eines kollegialen, länderübergreifenden (Experten-)Netzwerkes soll die gewerkschaftliche Arbeit und Sichtbarkeit des VBE im Kitabereich auf Länder- und Bundesebene nachhaltig gestärkt werden. Beim ersten Treffen wurden vor allem Themenschwerpunkte und mögliche kommunikationspolitische Maßnahmen diskutiert. Diese sollen beim kommenden Treffen im Sommer 2021 weiter konkretisiert werden.

Jutta Endrusch – eine echte Gewerkschafterin ist von uns gegangen

Am 8. April erreichte uns die traurige Nachricht, dass unsere Bundesvorstandskollegin Jutta Endrusch nach kurzer schwerer Krankheit überraschend im Alter von 66 Jahren verstorben ist.



Durch den Tod von Jutta Endrusch verliert der VBE eine Gewerkschafterin, die sich mit größtem Engagement fast drei Jahrzehnte für die Interessen der Beschäftigten in Schule und Kita eingesetzt hat. Ihre Arbeit war geprägt von hoher Sachkompetenz und dem unermüdlichen Willen, die Politik von ihren Ideen für mehr Bildungsgerechtigkeit und bessere Arbeitsbedingungen für die Kolleginnen und Kollegen zu überzeugen. Hart in der Sache, aber fair im Dialog und stets mit der richtigen Prise Humor wird uns Jutta Endrusch nicht nur am Verhandlungstisch sehr fehlen.

Als langjährige Vorsitzende der VBE Bundesfrauenvertretung und als stellvertretende Vorsitzende der dbb-bundesfrauenvertretung war es ihr stets ein besonderes Anliegen, die Leistungen von Frauen und deren Belange darzustellen. Dabei hat sie als Gewerkschafterin und Personalrätin immer wieder auf Defizite hingewiesen und konstruktive Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt. Darüber hinaus hat sie die Interessen der Kolleginnen und Kollegen in der Bundestarifkommission des dbb vertreten. Hier hat sie sich unbeirrt für das Ziel „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, unabhängig von Schulstufe und Schulform eingesetzt und war bei Kundgebungen immer beispielgebend in der ersten Reihe zu finden.

Der VBE Bundesverband trauert um Jutta Endrusch als kämpferische Gewerkschafterin, Verbandsfreundin und enge Weggefährtin, deren Rat, deren Lachen und deren einnehmende Freude an der gewerkschaftlichen Arbeit wir vermissen werden.

„Wir wussten das alles schon!“ – Beckmann im dbb dialog zu Bildung

Im Fokus des „dbb dialogs“, einer digitalen Talk-Reihe stand Mitte April die Bildung in Corona-Zeiten. Zu dem von unserem Dachverband, dem dbb beamtenbund und tarifunion, organisierten Austausch hatte der dbb Bundesvorsitzende, Ulrich Silberbach, die Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK), Britta Ernst, und die Vorsitzenden der im dbb organisierten Lehrkräfteverbände eingeladen. Einleitend stellte Silberbach heraus, dass die Pandemie zeigt, dass gute Bildung gute Lehrkräfte braucht, die angemessen aus-, fort- und weitergebildet sein müssen. Zudem wies er daraufhin, dass der Stand der Digitalisierung im Bildungsbereich noch deutlich verbesserungswürdig ist. Und nicht zuletzt forderte er konsequenteren Infektionsschutz für Lehrkräfte ein, der durch das Impfen der Lehrkräfte und das Testen der Schülerinnen und Schüler erreicht werden sollte.

Die KMK-Präsidentin Ernst tat, was sonst schmerzlich vermisst wird: Sie dankte zunächst den Lehrkräften für ihr großes Engagement in der Krise. Und sie machte auch deutlich, dass die kurzfristige Information der Schulleitungen und Lehrkräfte sehr wohl auch innerhalb der Ministerien kritisch gesehen wird. Daran ändern könne man jedoch – leider – nichts, da die auf Bundesebene getroffenen Beschlüsse zunächst in Landesrecht umgesetzt und dann auf ministerieller Ebene bearbeitet werden müssten. Die Bundesnotbremse könnte hier zumindest etwas unterstützen, da nun zu erwarten sei, dass sich nicht mehr alle zwei bis drei Wochen Änderungen ergeben werden. Sie betonte, dass Corona sichtbar gemacht hätte, wo es im Bildungssystem Mängel gäbe.

Das konnte der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, jedoch nicht unkommentiert stehen lassen. „Wir wussten das alles schon!“ Auch mit Verweis auf die repräsentativen Umfragen, die der VBE regelmäßig bei forsa in Auftrag gibt, stellte er klar, das längst bekannt war, dass digitale Endgeräte fehlen und die Lehrkräfte auf die Herausforderungen bisher nicht ausreichend vorbereitet wurden. Seine Klarstellung verband er mit dem eindringlichen Appell, die Gelder des Digitalpaktes nicht als einmalige Investition zu sehen, sondern die nachhaltige Finanzierung von Digitalisierung im Bildungsbereich zu sichern.



Ein Video der Diskussion und den Bericht zum #dbbdialog finden Sie hier:

<https://kurzelinks.de/5ehy>



VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE